

Solche Anträge sind natürlich kein Wunder, wenn Ihr neuer Landesvorsitzender im WDR bekundet, dass er sich gegenüber der Identitären Bewegung locker machen möchte.

Außerhalb des Landtages mit Rechtsextremen kuscheln und im Landtag demokratische Jugendorganisationen angreifen – ich finde das schwer erträglich. Deshalb bin ich froh, dass es in diesem Haus einen großen Konsens der Demokraten gibt und dass solche Ansinnen keine Chance haben.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das war mal wieder bemerkenswert von dem Kollegen Dr. Maelzer: Er rügt uns, wenn wir mal auf sieben Jahre vertane Zeit zwischen 2010 und 2017 hinweisen, spricht aber selbst nur von der glorreichen Vergangenheit der SPD. Das zeigt, aus welchem Holz die Politik der SPD geschnitzt ist.

Wir machen es anders. Wir betreiben eine offensive Familienförderung von Anfang an, denn Familien geben Halt und machen Mut. Das ist der Grund, warum wir eine offensive Förderung der Familien, unserer Kinder und unserer Jugend vorantreiben.

Das bildet sich natürlich auch in den finanziellen, politischen Schwerpunkten, die wir in Verbindung mit dem Haushalt diskutieren – hier konkret für das Jahr 2020 im Bereich „Familie, Kinder, Jugend“ –, ab.

Die folgenden Punkte möchte ich Ihnen gerne im Zusammenhang exemplarisch vorstellen.

Erstens. Wir machen das, worauf viele Paare in Nordrhein-Westfalen seit Jahren gewartet haben, und fördern Kinderwunschbehandlungen. Mit dem Haushalt 2020 erfolgt eine Aufstockung dieses Ansatzes um 1,8 Millionen Euro auf 5,5 Millionen Euro. Damit unterstützen wir noch mehr Paare mit unerfülltem Kinderwunsch.

Zweitens. Wir stellen Mittel für den Schutz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen im Arbeitsumfeld und für die Allianz für Vielfalt und Chancengleichheit zur Verfügung. Damit setzen wir unsere Politik der Wertschätzung und des Schutzes für LSBTI* fort.

Im Haushaltsjahr 2020 stehen für die Allianz für Vielfalt und Chancengleichheit 160.000 Euro bereit. Für uns gilt, dass in Nordrhein-Westfalen jeder so leben und lieben soll, wie er möchte. Dieser Geisteshaltung verleihen wir auch durch unser umfassendes Engagement im LSBTI*-Bereich Ausdruck.

Drittens: Wir setzen den Kampf gegen sexualisierte Gewalt auch im Lichte der jüngsten Ereignisse entschieden fort. Der neue Ansatz bei Titel 684 31 in Höhe von 4,8 Millionen Euro sowie die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 250.000 Euro dienen der Umsetzung von Maßnahmen zur Prävention, zum Schutz vor und zur Hilfe bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche.

Mit diesem Geld wird im Jahr 2020 unter anderem mit dem Aufbau einer Landesfachstelle begonnen. Damit sorgen wir flächendeckend für eine fachliche Qualitätsentwicklung im Bereich der Prävention, der Intervention und der Nachsorge für von sexualisierter Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche. Das ist ein ganz wichtiger und richtiger Schritt im Kampf gegen sexualisierte Gewalt.

Viertens. Der Kinder- und Jugendförderplan, Titelgruppe 61, wird erneut mit mehr Geld ausgestattet. Aufgrund der Dynamisierung steigt der Ansatz für den Kinder- und Jugendförderplan um 2,8 Millionen auf nunmehr 125,3 Millionen Euro.

Bereits zu Beginn der Legislaturperiode hatten wir den Kinder- und Jugendförderplan um 11 Millionen Euro auf 120 Millionen Euro erhöht. Die nachhaltige Dynamisierung ist Ausdruck des Bekenntnisses von CDU und FDP zur Arbeit der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen.

Mein ganz herzlicher Dank gilt den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich täglich im ganzen Land dieser wichtigen Arbeit für unsere Familien und mit unseren Kindern widmen.

Fünftens – last but not least –: Das neue Kinderbildungsgesetz kommt. Ab dem Kindergartenjahr 2020/2021 investieren wir – und damit meine ich Bund, Land und Kommunen – jährlich zusätzlich 1,3 Milliarden Euro in das System der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen.

Das bildet sich klar und deutlich in höheren Mitteln in den Haushaltspositionen mit KiBiz-Bezug ab, und zwar ganz konkret durch deutlich höhere Kindpauschalen, mehr Mittel für Familienzentren, mehr Mittel für die alltagsintegrierte Sprachförderung, angehobene Zuschüsse für die Kindertagespflege, mehr Geld für Fortbildungen und Qualifizierungen, Mittel für flexiblere Öffnungszeiten, für die Kitaplatzausbau-garantie und für ein weiteres, elternbeitragsfreies Kitajahr.

Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin an dieser Stelle gerne Bundesfamilienministerin Giffey, die, wie ich finde, unsere Reform mit den folgenden Worten sehr gut auf den Punkt gebracht hat:

„Nordrhein-Westfalen hat sich für ein starkes Maßnahmenpaket entschieden, das die Qualität der Betreuung verbessert und zugleich die Beitragsfreiheit ausweitet. Das bedeutet eine enorme

Entlastung für Familien und garantiert mehr als einer halben Million Kindern beste Bildung von Anfang an.“

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wie gut, dass es Franziska Giffey gibt!)

– Gut, dass sie hier in Nordrhein-Westfalen die wahren Verhältnisse und den guten Entwurf, den wir auf den Tisch gelegt haben, erkennt.

(Marc Herter [SPD]: Hä?)

Lassen Sie mich zusammenfassen: CDU und FDP stehen für eine offensive Förderung der Familien, der Kinder und der Jugendlichen in unserem Land.

Erstens. Wir stärken die Förderung von Kinderwunschbehandlungen.

Zweitens. Wir stellen Mittel für die Allianz für Vielfalt und Chancengleichheit bereit.

Drittens. Wir fördern massiv den Kampf gegen sexualisierte Gewalt.

Viertens. Wir sorgen für eine weitere finanzielle Stärkung des Kinder- und Jugendförderplans und damit der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen.

Fünftens. Wir geben mit dem neuen Kinderbildungsgesetz ab dem Kindergartenjahr 2021 jährlich 1,3 Milliarden Euro zusätzlich in das System der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei unserem Koalitionspartner FDP, bei unserem Familienminister Herrn Dr. Joachim Stamp und bei Herrn Staatssekretär Andreas Bothe für die sehr gute, vertrauensvolle und offene Zusammenarbeit.

Der vorliegende Haushaltsentwurf für den Bereich „Familie, Kinder, Jugend“ trägt eine klar christlich-liberale Handschrift. Er steht für eine offensive Förderung der Familien sowie der Kinder und Jugendlichen in unserem Land. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kamieth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Frau Kollegin Paul das Wort.

Josefine Paul* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die UN-Kinderrechtskonvention feiert in diesem Jahr ihren dreißigsten Geburtstag. Die große Party sozusagen ist erst wenige Tage her. Was gäbe es für ein schöneres Geschenk für die Kinderrechte, als diese auch endlich

im Grundgesetz zu verankern? – Ich muss ganz ehrlich sagen, der jetzt vorgelegte Entwurf der Bundesjustizministerin enttäuscht mich.

Was wir brauchen, um Kinderrechte auch wirklich wirkungsvoll in diesem Land durchzusetzen, ist eine klare Stärkung der Beteiligungsrechte, und es ist eine klare Aussage dazu, dass das Kindeswohl im Zentrum politischen Handelns stehen muss.

Klar ist aus meiner Sicht – ich hoffe, diese Ansicht teilen wir –, dass Kinderrechte nicht relativierbar sind. Das muss sich auch endlich im Grundgesetz widerspiegeln.

(Beifall von den GRÜNEN)

In 54 Artikeln werden Rechte der Kinder normiert, und es wird noch einmal klargestellt, dass Kinder eben keine kleinen Erwachsenen sind.

Kinder genießen – das ist unsere politische Herausforderung, unsere politische Verantwortung – besondere Schutzrechte. Sie genießen besondere Förderrechte und Beteiligungsrechte.

Zum einen ist nach wie vor zu konstatieren, dass diese Rechte – auch den Kindern im Übrigen – zu wenig bekannt sind.

Zum anderen werden sie auch zu wenig umgesetzt und auch im politischen Raum nach wie vor zu wenig berücksichtigt. Zumal bei politischen Themen, die ganz klar ihre Anliegen sind, müssen wir Beteiligungsverfahren finden, Kinder tatsächlich mit an den Tisch zu holen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eine der größten Herausforderungen in diesem Land ist die Kinderarmut. Wenn in Nordrhein-Westfalen jedes fünfte Kind arm oder von Armut bedroht ist, ist das eine Schande für unser Land.

(Beifall von den GRÜNEN)

Armut hat Konsequenzen, und diese Konsequenzen verfestigen sich unter Umständen für die gesamte Lebensverlaufsperspektive.

Sie hat Auswirkungen auf Bildung. Wir alle wissen, dass dieses Land nach wie vor ein Land der bildungspolitischen und damit auch der sozialen Spaltung ist. In kaum einem anderen Land hängt der Bildungserfolg eines Kindes nach wie vor so sehr vom Geldbeutel der Eltern ab.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Auch das ist eine bildungspolitische Schande.

(Beifall von den GRÜNEN)

Kinderarmut und Armut allgemein schließen von Teilhabe aus. Auch das ist eine große Herausforderung, für die wir mehr Anstrengungen machen müssen.